

Motion SP/JUSO (Béatrice Stucki, SP) vom 25. November 2004: Lehrstellen in der Stadt Bern – auch für Jugendliche mit einer Behinderung; Abschreibung

Es ist bekannt: viele Jugendliche haben es schwer, eine Lehrstelle zu finden. Betroffen davon sind auch Jugendliche mit einer Behinderung, sei es eine Lernschwäche, eine körperliche oder eine Sinnesbehinderung.

Das Angebot an beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten für Menschen mit einer Behinderung ist knapp und wird oft nur in Institutionen des Behindertenwesens angeboten (Wohnheime oder geschützten Werkstätten).

Dies ist umso unverständlicher, als dass notwendige Hilfsmittel für Menschen mit einer Behinderung, beispielsweise Braillezeile (Braillelesegerät) für die Computerarbeit, von der IV finanziert werden und viele Unterstützung durch die entsprechenden Beratungsstellen geleistet wird.

Mit Blick auf die Rechtsgleichheit von Menschen mit einer Behinderung (Art. 8 der neuen Bundesverfassung) fordern wir den Gemeinderat auf

1. in jeder Direktion mindestens eine feste Lehrstelle oder Praktikumsstelle für eine Jugendliche/einen Jugendlichen mit Körper- oder Sinnesbehinderung zu schaffen.
2. ausgelagerte Betriebe (ewb, StaBe und Bernmobil) aufzufordern, ebenfalls eine feste Lehrstelle für Jugendliche mit Behinderung zu schaffen.

Dass dies möglich ist, zeigt das Beispiel des Kantons Basel-Stadt, der diese Forderung in seinem Leitbild „Erwachsene Menschen mit einer Behinderung“ (April 2003) aufgenommen hat und umsetzt: So wurde im Erziehungsdepartement bereits eine feste Lehrstelle für eine/n Jugendliche/n mit Behinderung geschaffen. In Zusammenarbeit mit der vor einem Jahr geschaffenen Stelle eines Integrationsbeauftragten für Behinderte (angegliedert in der Erziehungsdirektion Basel-Stadt) werden nun in weiteren Direktionen und zugewandeten Betrieben (beispielsweise im Kantonsspital) weitere Stellen realisiert.

Falls die Forderung dieser Motion in die Kompetenz des Gemeinderates fällt, hat sie den Charakter einer Richtlinie.

Bern, 25. November 2004

Motion Fraktion SP/JUSO (Béatrice Stucki, SP), Rolf Schuler, Markus Lüthi, Liselotte Lüscher, Rosmarie Okle Zimmermann, Pete Blaser, Christian Michel, Michael Aebersold, Barbara Mühlheim, Ruedi Keller, Guglielmo Grossi, Andreas Flückiger, Margrith Beyeler-Graf, Oskar Balsiger, Andreas Zysset, Raymond Anliker, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Barbara Mühlheim, Sabine Schärner, Margarete Klein-Meyer, Sylvia Spring Hunziker, Walter Christen, Margrith Stucki-Mäder, Beat Zobrist, Christof Berger, Thomas Göttin, Andreas Krummen

Die Motion wurde am 3. November 2005 vom Stadtrat erheblich erklärt.

Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JAI/ GPB (Corinne Mathieu, SP / Catherine Weber, GB) vom 28. Oktober 2004: Lehrstellen auch für schulschwache Jugendliche!; Abschreibung

Immer weniger Jugendlichen gelingt es auf Anhieb, im Anschluss an die obligatorische Schulzeit eine Lehrstelle zu finden. Der Anteil derjenigen, die eine Zwischenlösung wählen (müssen) steigt stetig.

Einzelne Grossfirmen setzen für die Lehrlingsselektion je länger je mehr sogenannte „Multi-checks“ ein, deren Inhalt und Schwierigkeitsgrad vorwiegend auf Sekundarschulniveau angesiedelt ist. Diese Selektion führt dazu, dass schulschwache Jugendliche im Wettbewerb um die immer rarer werdenden Lehrstellen je länger je mehr die schlechteren Karten haben und in Bildungsgänge mit geringem Prestige (Anlehren bzw. Berufsattest) abgedrängt werden. Eine geringe oder gar keine Bildung ist aber als eines der grössten Armutsrisikos (vgl. Volken, J und C. Knöpfel, 2004) identifiziert worden.

Die Stadt Bern hat in den letzten zwei Jahren grosse Anstrengungen im Schaffen von Lehrstellen unternommen und das Angebot an Lehrstellen fast verdoppelt: Waren es im Jahr noch 64 Lehrstellen, bietet die Stadt nun 103 Lehrstellen, verteilt auf 16 Berufe, an.

Das Lehrstellenangebot für schulschwache Jugendliche ist weit geringer: Dieses beschränkt sich auf Anlehren bzw. Berufsattest in 4 Berufen. Dieses Angebot ist ungenügend. Auch schulschwachen Jugendlichen soll die Möglichkeit zu einem Berufsabschluss geboten werden. Schulschwache Jugendliche sind in einer Berufslehre nicht generell überfordert; mit spezifischer Unterstützung und Förderung seitens der Bildungsverantwortlichen in beruflicher Praxis sind sie durchaus fähig, eine Berufslehre erfolgreich abzuschliessen.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert:

1. Eine bestimmte Quote der städtischen Lehrstellen für schulschwache Jugendliche zu reservieren; diese Quote soll über alle geeigneten Berufe gleichmässig verteilt werden. Die betreffenden Lernenden – zusätzlich zu den Stütz- und Förderkursen in der Berufsfachschule – und ihre Bildungsverantwortlichen in betrieblicher Praxis sind während der Dauer der beruflichen Grundbildung zu begleiten.
2. Eine definierte Anzahl Lehrstellen mit geeignetem Profil für schulschwache Jugendliche zu schaffen.
3. Die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.
4. Sich über die dem Gemeinderat zur Verfügung stehenden Kanäle wie Wirtschaftsförderung und Submissionsverfahren auch bei anderen Firmen für dieses Anliegen einzusetzen.

Bern, 28. Oktober 2004

Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JAI/GPB (Corinne Mathieu, SP/Catherine Weber, GB), Natalie Imboden, Liselotte Lüscher, Sabine Schärner, Margareta Klein-Meyer, Sylvia Spring Hunziker, Raymond Anliker, Miriam Schwarz, Andreas Krummen, Walter Christen, Beat Zobrist, Rosmarie Okle Zimmermann, Béatrice Stucki, Markus Lüthi, Rolf Schuler, Andreas Zysset, Margrith Beyeler-Graf, Oskar Balsiger, Andreas Flückiger, Ruedi Keller, Christof Berger, Thomas Göttin, Doris Schneider, Annemarie Sancar-Flückiger, Simon Röthlisberger, Stefan Jordi, Martina Dvoracek, Daniele Jenni, Martin Trachsel, Erik Mozsa, Michael Jordi

Die Motion wurde am 3. November 2005 vom Stadtrat erheblich erklärt.

Postulat Hasim Sancar (GB) vom 13. Januar 2005: Jugendarbeitslosigkeit in der Stadt Bern – Mehr Lehrstellen in der städtischen Verwaltung für nicht eingebürgerte Jugendliche; Prüfungsbericht

Die Erwerbslosenzahlen sind in der Stadt Bern seit 2000 markant gestiegen (von 1.9% auf 4.7% im 2003). Eine Verschiebung innerhalb der Altersgruppen zeigt sich auch durch den überproportional wachsenden Anteil der Jugendlichen bis zum 25. Altersjahr. In den Quartieren der Stadt Bern wie Bümpliz, Bethlehem, Lorraine usw., wo v.a. Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Lohn Einkommen leben, ist die Situation mit ca. 10% Jugenderwerbslosigkeit alarmierend. Zugewanderte und ihre Kinder sind besonders betroffen: „Die Arbeitslosenquote ist bei den ausländischen mehr als doppelt so hoch wie bei den schweizerischen Personen...“ (Kurzbericht „Arbeitslosigkeit in der Stadt Bern“, Finanzverwaltung Statistikdienste der Stadt Bern, Juni 2004).

Die hohe Zahl der Jugendarbeitslosigkeit unter den MigrantInnen hat mit der Lehrstellen-Politik der verschiedenen involvierten Stellen zu tun. Eine davon ist die Stadt Bern mit ihrer Verwaltung als Arbeitgeber. Offenbar ist unter den 44 Lehrlingen/Lehrfrauen, die im August 2004 ihre Lehre begonnen haben, nur eine Person ohne Schweizer Pass.

Noch nicht eingebürgerten MigrantInnen machen einen Fünftel der Wohnbevölkerung der Stadt Bern aus. Es besteht ein eklatantes Missverhältnis. Integration kann und soll durch Partizipation (Teilhabe und Teilnahme) erfolgen. Für zukünftige berufliche Integration spielt die Lehrstellensituation heute eine grosse Rolle. Wer also heute eine gute Lehrstelle hat, hat mehr Chancen, morgen eine Stelle zu finden. Die Stadt Bern hat sich mit ihrem Integrationsleitbild so wie mit dem Art. 7 der GO (Die Stadt fördert tatsächliche Integration der ausländischen Wohnbevölkerung) eine Aufgabe vorgenommen. Es scheint aber, dass in diesem Bereich bis jetzt noch zu wenig Schritte in die Richtung Integration gemacht worden sind. Es darf nicht sein, dass immer wieder von einer Integration gesprochen wird, aber eine der wichtigsten Türen für einen Teil der Wohnbevölkerung verschlossen bleibt. So stimmt etwas nicht.

Daher wird der GR beauftragt,

1. dem Stadtrat darüber Bericht zu erstatten, wie viele Lehr – und Praktikumsstellen (mit und ohne Abschluss) in der städtischen Verwaltung (differenziert nach Direktionen und Berufsfeldern) seit 2000 an nicht eingebürgerte Jugendliche vergeben worden sind;
2. ein Konzept zu erarbeiten, wie bis Ende dieser Legislatur, d.h. bis Ende 2008, schrittweise mindestens bis 20% (um die bisherige Diskriminierung zu kompensieren, dürfen es auch mehr sein) der Lehrstellen der städtischen Verwaltung mit nicht eingebürgerten jugendlichen MigrantInnen besetzt werden.

Bern, 13. Januar 2005

Postulat Hasim Sancar (GB), Natalie Imboden, Catherine Weber, Urs Frieden, Karin Gasser, Anne Wegmüller, Simon Röthlisberger, Myriam Duc, Michael Jordi, Carolina Aragon, Daniele Jenni

Punkt 1 des Postulats wurde am 3. November 2005 vom Stadtrat als Prüfungsbericht genehmigt. Punkt 2 wurde zur Prüfung überwiesen.

Antwort des Gemeinderats

Die zwei Motionen und das Postulat befassen sich mit der Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen für unterschiedliche Gruppen von Jugendlichen. Der Gemeinderat hat inzwischen ein Konzept zur Schaffung von Ausbildungsplätzen (Berufliche Grundbildung und Praktika) in der Stadtverwaltung Bern 2006 - 2009 erarbeitet. Mit diesem Konzept – das dem Stadtrat im Anhang zur Kenntnisnahme unterbreitet wird – wird festgelegt, wie die überwiesenen Vorstösse umgesetzt werden.

1. Lehrstellen für Jugendliche mit einer Behinderung

Das Konzept hält den Auftrag des Stadtrats fest und beauftragt die Verwaltung, alljährlich den Stand der Lehrstellen für Jugendliche mit einer Behinderung zu prüfen und vor der Rekrutierung neuer Auszubildender festzulegen, in welcher Richtung entsprechende Jugendliche zusätzlich rekrutiert werden sollen. Auch die ausgelagerten Betriebe sollen in diese Überlegungen einbezogen werden.

2. Lehrstellen für schulschwache Jugendliche

Das Konzept hält den Auftrag des Stadtrats fest und zeigt verschiedene Möglichkeiten auf, wie in der Verwaltung schulschwache Jugendliche in allen geeigneten Berufen berücksichtigt werden können. Bei der Planung der zukünftigen Lehrstellen der Jahre 2006 – 2008 wurde dieser Aspekt ebenfalls berücksichtigt. Ausserdem wird die Verwaltung beauftragt, alljährlich den Stand der Lehrstellen für schulschwache Jugendliche zu prüfen und vor der Rekrutierung neuer Auszubildender festzulegen, in welcher Richtung entsprechende Jugendliche zusätzlich rekrutiert werden sollen. Auch die ausgelagerten Betriebe sollen in diese Überlegungen einbezogen werden. Das Konzept sieht ausserdem vor, zusätzliche finanzielle Mittel für die Betreuung und für Stützunterricht bereit zu stellen. Das Kompetenzzentrum Arbeit im Sozialamt der Direktion für Bildung, Soziales und Sport unternimmt zurzeit grosse Anstrengungen, auch bei anderen Firmen für dieses Anliegen zu werben und hilft mit, dieser Gruppe von Jugendlichen Ausbildungsmöglichkeiten zu vermitteln.

3. Jugendarbeitslosigkeit in der Stadt Bern – Mehr Lehrstellen in der städtischen Verwaltung für nicht eingebürgerte Jugendliche

Das Konzept hält den Auftrag des Stadtrats fest und zeigt auf, mit welchen Mitteln der Anteil nicht eingebürgerter Jugendlicher erhöht werden kann. Ausserdem wird die Verwaltung beauftragt, alljährlich den Stand der Lehrstellen für ausländische Jugendliche zu prüfen und vor der Rekrutierung neuer Auszubildender festzulegen, in welcher Richtung entsprechende Jugendliche zusätzlich rekrutiert werden sollen. Auch die ausgelagerten Betriebe sollen in diese Überlegungen einbezogen werden.

4. Einbezug der subventionierten Betriebe

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der oben erwähnten Motionen steht die ebenfalls überwiesene Motion Fraktion SP/JUSO (Andreas Zysset, SP): Die Stadt Bern schafft zusätzliche Lehrstellen vom 18. August 2005. Diese verlangt, dass sich Institutionen, die von der Stadt Bern einen Leistungsvertrag erhalten, ebenfalls an der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze beteiligen. Der Gemeinderat wird die Übertragungsverordnung in diesem Sinn ergänzen und anlässlich der Berichterstattung zur Motion Zysset über das Ergebnis berichten.

5. Berichterstattung

Das Konzept beauftragt die Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (Personalamt/Ausbildung und Organisationsberatung) mit der jährlichen Berichterstattung über den Stand der besetzten Ausbildungsstellen an den Gemeinde- und Stadtrat.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion Fraktion SP/JUSO (Béatrice Stucki, SP): Lehrstellen in der Stadt Bern – auch für Jugendliche mit einer Behinderung abzuschreiben.
2. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA!/GPB (Corinne Mathieu, SP/Catherine Weber, GB): Lehrstellen auch für schulschwache Jugendliche abzuschreiben.
3. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht zu Punkt 2 zum Postulat Hasim Sancar (GB) vom 13. Januar 2005: Jugendarbeitslosigkeit in der Stadt Bern – Mehr Lehrstellen in der städtischen Verwaltung für nicht eingebürgerte Jugendliche.

Bern, 6. September 2006

Der Gemeinderat

Beilage:

Konzept zur Schaffung von Ausbildungsplätzen (Berufliche Grundbildung und Praktika) in der Stadtverwaltung Bern 2006 - 2008